

Burgdorf, 15.09.2016

P R O T O K O L L

über die Sitzung **des Ausschusses für Umwelt und Verkehr** der Stadt Burgdorf am **13.09.2016** im Sitzungszimmer des Rathauses II, Vor dem Hann. Tor 1,

17.WP/UmVerkA/039

Beginn öffentlicher Teil: 17:00 Uhr
Beginn vertraulicher Teil: Uhr

Ende öffentlicher Teil: 18:30 Uhr
Ende vertraulicher Teil: Uhr

Anwesend: **Vorsitzender**

Peters, Kai

Mitglied/Mitglieder

Bublitz, Werner
Kaefer, Dr. Volkhard
Kizilyel, Sükrü
Köneke, Klaus
Morch, Hans-Dieter
von Oettingen, Gero
Weinel, Olaf

stellv. Mitglied/Mitglieder

Heller, Simone

Vertretung für Frau Maria
Leykum

Beratende/s Mitglied/er

Kusber, Paula

Gast/Gäste

Seebo, Daniel

SHP Ingenieure

Verwaltung

Baxmann, Alfred
Frerichs, Peter
Herbst, Rainer
Krause, Julia
Vollmert, Claudia

bis TOP 6

TAGESORDNUNG

Öffentlicher Teil

1. Feststellung der Anwesenheit, Beschlussfähigkeit und Tagesordnung
2. Genehmigung des Protokolls über die Sitzung des Ausschusses für Umwelt und Verkehr am 11.08.2016
3. Mitteilungen des Bürgermeisters
- 3.1. Mitteilung: Ausbauprogramm "Barrierefreier Umbau von sieben Bushaltestellen im Stadtgebiet Burgdorf", hier: Verschiebung des Umbaus der Bushaltestelle Goerdelerstraße
Vorlage: 2015 0940/1
4. Einführung eines Energiesparmodells in Schulen
Vorlage: 2016 1118
5. Verkehrssicherheit der Kreuzung B188 - Sorgenser Straße - Stellungnahme der Niedersächsischen Landesbehörde für Straßenbau und Verkehr (NLStBV) zur Anfrage der CDU-Fraktion im Rat der Stadt Burgdorf vom 01.08.2016 -
Vorlage: 2016 1191/1
6. Konzept zur Aufstellung von Wertstoffsammelbehältern
Vorlage: 2016 1177
7. Verkehrsplanung Berliner Ring, Knoten Immenser Landstraße/Berliner Ring/Ostlandring - Bericht: SHP Ingenieure
8. Anfragen gemäß Geschäftsordnung
9. Anregungen an die Verwaltung

Einwohnerfragestunde

Öffentlicher Teil

1. Feststellung der Anwesenheit, Beschlussfähigkeit und Tagesordnung

Der Ausschussvorsitzende, **Herr Peters**, begrüßt die Anwesenden und stellt die ordnungsgemäße Ladung und Beschlussfähigkeit fest.

Herr Konerding und Herr Kleinschmidt lassen sich entschuldigen.

2. Genehmigung des Protokolls über die Sitzung des Ausschusses für Umwelt und Verkehr am 11.08.2016

Beschluss:

Das Protokoll der Sitzung des **Ausschusses für Umwelt und Verkehr** vom **11.08.2016** wird mit **7 Ja-Stimmen** und **2 Enthaltungen** einstimmig genehmigt.

3. **Mitteilungen des Bürgermeisters**

Herr Herbst teilt mit, dass

- a) die Anliegerversammlung zum Ausbau der Hauptstraße in Sorgensen am 17.10.2016 um 17 Uhr, voraussichtlich in der Schützenkate in Sorgensen, stattfindet.
- b) zur Sicherung des 2. Fluchtweges für ein Haus in der Neuen Torstraße ein Parkplatz verschoben werden muss. Dieser Bereich ist freizuhalten, um im Notfall ausreichend Stellfläche für eine Anstellleiter zu haben. Mittels aufzustellender Poller ist der Bereich abzugrenzen. Die erforderlichen Arbeiten werden durch den Bauhof ausgeführt. Vom Eigentümer liegt eine Kostenübernahmeerklärung vor.
- c) die Messprotokolle der Straßenverkehrsabteilung als **Anlage 1** dem Protokoll beigelegt sind.

3.1. **Mitteilung: Ausbauprogramm "Barrierefreier Umbau von sieben Bushaltestellen im Stadtgebiet Burgdorf", hier: Verschiebung des Umbaus der Bushaltestelle Goerdelerstraße Vorlage: 2015 0940/1**

Seitens der Ausschussmitglieder bestehen keine Fragen zu der Vorlage.

Herr Herbst erklärt, dass der Umbau der Bushaltestelle zu einem späteren Zeitpunkt nachgeholt werden soll.

4. **Einführung eines Energiesparmodells in Schulen Vorlage: 2016 1118**

Herr Frerichs berichtet, dass die Vorlage zur Einführung eines Energiesparmodells in Schulen bereits im Ausschuss für Schulen, Kultur und Sport vorgestellt wurde. Dieser hat dem Vorschlag zugestimmt. Die Schulleiter wurden im Vorfeld über das Modell informiert. Voraussetzung für die Einführung ist allerdings, dass die Schulen an den eingesparten Kosten beteiligt werden. Vorgeschlagen wird hier eine 50/50 Beteiligung, Einzelheiten sind mit den jeweiligen Schulen jedoch noch abzustimmen.

Erst wenn der Rat der Einführung des Energiesparmodells zugestimmt hat, wird mit den Schulen weiterer Kontakt aufgenommen, um abzustimmen welche Schulen teilnehmen und welche Projekte umgesetzt werden können.

Herr Dr. Kaever befürwortet eine Teilnahme am Energiesparmodell, jedoch würde er das Aktivitätsprämienystem bevorzugen. Zu beachten ist allerdings, dass die Grundlagen, wie z. B. die Bausubstanz, der Schulen unterschiedlich sind. **Herr Frerichs** antwortet, dass die Auswahl des Beteiligungsmodells mit den teilnehmenden Schulen erfolgt.

Auch **Herr Bublitz** unterstützt das geplante Vorhaben. Er findet es jedoch schade, dass Energieeinsparungen erst einen finanziellen Anreiz benötigen.

Herr Köneke steht dem Projekt ebenfalls positiv gegenüber. Eine Umsetzung sollte möglichst umgehend erfolgen, zumal ein Teil der geplanten Maßnahmen bereits Teil des Klimaschutzprogrammes sind.

Beschlussvorschlag:

1. Der Einführung eines in der Vorlage Nr. 2016 1118 einschl. der Anlage beschriebenen Energiesparmodells an Schulen wird, unter dem Vorbehalt der finanziellen Förderung durch den Projektträger Jülich (PtJ) im Auftrag des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit (BMUB) zugestimmt.

2. Die Haushaltsmittel zur finanziellen Beteiligung der teilnehmenden Schulen an den eingesparten Energiekosten sollen über den Haushaltsplan 2018 kontinuierlich zur Verfügung gestellt werden.

Die Mitglieder des Ausschusses für Umwelt und Verkehr stimmen dem Beschlussvorschlag der Vorlage 2016 1118 einstimmig zu.

5. Verkehrssicherheit der Kreuzung B188 - Sorgenser Straße - Stellungnahme der Niedersächsischen Landesbehörde für Straßenbau und Verkehr (NLStBV) zur Anfrage der CDU-Fraktion im Rat der Stadt Burgdorf vom 01.08.2016 - Vorlage: 2016 1191/1

Herr Köneke erläutert, warum er die Anfrage gestellt hat. Seiner Meinung nach muss geprüft werden, ob ein Kreisverkehrsplatz (KVP) den Verkehr auf der Umgehungsstraße durchlässiger macht. Da eine Umsetzung solcher Projekte sehr langwierig ist, sollte man schon jetzt eine Prüfung durchführen. Er findet die Antwort der Nds. Landesbehörde für Straßenbau und Verkehr (NLStBV) sehr undurchsichtig und wird daher den Kontakt zur Verwaltung ergänzend aufnehmen.

Herr Dr. Kaever stellt in Frage, ob wirklich mehr Verkehr durch einen KVP auf der Umgehungsstraße fließen kann.

Herr Baxmann gibt zu bedenken, dass die NLStBV personell unterbesetzt ist und solche Maßnahmen zurückgestellt werden. Aber eine Prüfungsanfrage kann unabhängig davon trotzdem gestellt werden.

Die Ergänzung zur Antwort auf die Anfrage der CDU-Fraktion wird von den Ausschussmitgliedern zur Kenntnis genommen.

**6. Konzept zur Aufstellung von Wertstoffsammelbehältern
Vorlage: 2016 1177**

Herr Baxmann merkt an, dass die Gerichtsurteile zum Thema Altkleiderbehälter nicht nachvollziehbar sind.

Herr Bublitz gibt zu bedenken, dass es die Sauberkeit der Plätze nicht för-

dert, wenn sich zwei Interessenten um den Platz kümmern müssen.

Herr Frerichs antwortet dazu, dass die Stadt auf die Gerichtsurteile reagieren muss und daher das bisherige Konzept anpassen muss.

Beschlussvorschlag:

1. An dem gem. Vorlage Nr. 2013 0493 beschlossenen Konzept zur Aufstellung von Wertstoffsammelbehältern wird grundsätzlich festgehalten.
2. Die in der Anlage zur Vorlage Nr. 2016 1177 vorgeschlagenen Änderungen des *Konzepts zur Aufstellung von Sammelbehältern für Wertstoffe auf öffentlichen Verkehrsflächen und städtischen Grundstücken im Stadtgebiet* werden beschlossen.
3. Standplätze für Alttextil-/Altschuhsammelbehälter sollen weiterhin bevorzugt auf bzw. an den Wertstoffinseln zugelassen werden.
4. Die Standplätze für Alttextil-/Altschuhsammelbehälter werden von der Verwaltung nach einem in der Vorlage Nr. 2016 1177 näher erläuterten Verfahren vergeben.

Die Mitglieder des Ausschusses für Umwelt und Verkehr stimmen dem Beschlussvorschlag zur Vorlage 2016 1177 einstimmig zu.

7. Verkehrsplanung Berliner Ring, Knoten Immenser Landstraße/Berliner Ring/Ostlandring - Bericht: SHP Ingenieure

Herr Herbst leitet in das Thema ein und stellt Herrn Seebo von der Firma SHP Ingenieure vor.

Herr Seebo stellt anhand einer Präsentation, die als **Anlage 2** dem Protokoll beigelegt ist, das Verkehrskonzept zum Berliner Ring vor. Im April 2016 wurde eine Verkehrszählung durchgeführt. Diese Zahlen sowie Prognoseverkehre sind in die Simulation anhand eines Modells eingeflossen. Dabei wurden 4 Varianten ermittelt, die er den Ausschusmitgliedern erläutert.

- Variante 1: Bestand
- Variante 2: Prognose + Änderung Signalisierung
- Variante 3: Prognose + Änderung Signalisierung + Linksabbiegestreifen
- Variante 4: Prognose + Kreisverkehr

Bei der Variante 1 und 2 sind im Gegensatz zu Variante 3 und 4 keine baulichen Änderungen erforderlich. Die Varianten wurden hinsichtlich ihrer Verkehrsqualität in Qualitätsstufen bewertet. **Herr Seebo** weist darauf hin, dass oftmals ein Rückstau bis zur Scharlemannstraße entsteht. Sofern keine Änderungen an dem Knotenpunkt durchgeführt werden, würden keine zufriedenstellenden Verkehrsqualitäten erreicht werden (Variante 1). Bei Umsetzung der Variante 2 würden zum Teil mangelhafte Qualitäten erreicht werden. Ein Kreisverkehr (KVP), wie in Variante 4 dargestellt, erzeugt gerade morgens Probleme mit teilweise sehr langen Wartezeiten auf dem südlichen Ast der Immenser Straße. Eine Verbesserung würde mit dieser Varian-

te nicht in dem Ausmaß erreicht werden, die man an diesem Knotenpunkt gerne erreichen möchte. Sofern ein KVP gebaut wird, bietet dieser im nachhinein nicht viele Reaktionsmöglichkeiten. Für den Umbau des Knotenpunktes schlägt **Herr Seebo** daher die Variante 3 vor.

Frau Heller erkundigt sich nach der Möglichkeit, einen KVP mit separater Rechtsabbiegespur an dieser Stelle zu bauen. **Herr Seebo** erläutert, dass dies zwar möglich wäre, aber in dieser Situation voraussichtlich auch weiterhin einen Rückstau an einem der nächsten Äste provoziert. Diese Variante bietet sich beim Knotenpunkt Berliner Ring nicht zur Problemlösung an. Auch weil die Radverkehre zusätzlich eine weitere schnell befahrene Fahrbahn kreuzen müssten.

Herr von Oettingen befürwortet die Variante 3.

Herr Seebo stellt weiterhin die Detailpläne vor, die die PGV (Herr Alrutz) zu der Variante 3 erstellt hat. Die Pläne umfassen den Bereich von der Kreuzung bis zu den Schulen und beschäftigen sich ebenfalls mit der Problematik des Hol- und Bringverkehrs. Eine Option wäre hier, dass in Höhe des Dürerplatzes ein Minikreisverkehr eingerichtet wird, damit den Eltern das Wenden erleichtert wird. Die Mittelinsel würde dabei überfahrbar bleiben, um den Busverkehr unproblematisch fahren zu lassen.

Herr Morich lobt das vorgestellte Konzept und ist der Meinung, dass die Radfahrer in der vorgestellten Lösung sehr gut berücksichtigt werden.

Frau Heller befürwortet Radfahrstreifen und Schutzstreifen grundsätzlich, steht diesen im Bereich des Berliner Ringes jedoch kritisch entgegen. Dort fahren sehr viele Schüler, auch jüngere, im Pulk. Bei einer dann nur noch 3 m schmalen Fahrbahn äußert sie Bedenken gegenüber den Radfahrstreifen und Schutzstreifen. **Herr Seebo** antwortet dazu, dass das Radfahren im Seitenraum lediglich subjektive Sicherheit bietet. Beim Radfahren auf der Straße sind die Fahrradfahrer im Blickfeld der Kraftfahrzeugfahrer. Allerdings dürfen Kinder unter 10 Jahren weiterhin auf dem Gehweg fahren.

Frau Heller schlägt vor, dass das Angebot so wie auch auf der Nordseite vorgehalten wird. Dazu sollte es noch eine bevorzugte Ampelschaltung für Fußgänger und Radfahrer geben. **Frau Vollmert** berichtet, dass an diesem Knotenpunkt ein Radfahrstreifen ggfs. leistungsfähiger ist.

Herr Herbst erläutert, dass mit der Vorstellung der Planung zunächst ein Meinungsbild der Ausschussmitglieder eingeholt werden soll. Die Anregungen sollen in die Planung einfließen.

Herr Köneke erkundigt sich, ob die Ampelschaltung nach Bedarf oder nach einem Zeitprogramm erfolgt. **Herr Seebo** antwortet, dass sich die Phasen nach der Verkehrsdichte richten und nicht nach einem festen Zeitprogramm.

Nachrichtlich über Protokoll:

Die mittlere Umlaufzeit beträgt 73 s. Diese Angaben basieren auf dem Niveau der Machbarkeitsstudie. Im Rahmen der Projektierung der Anlage kann sich die mittlere Umlaufzeit noch verändern.

Herr Bublitz findet es gut, dass an dieser Stelle ein KVP nicht sinnvoll ist. Mit der vorgestellten Planung kann in den Fraktionen die weitere Beratung erfolgen.

Herr Dr. Kaefer äußert Bedenken wegen dem Hol- und Bringverkehr. Die vorhandenen breiten Streifen hinter den jetzigen Parkstreifen fallen in der Planung weg. Er fürchtet dadurch Probleme. **Herr Seebo** bestätigt, dass diese breiten Streifen entfallen sollen. Sofern doch an der Straße gehalten wird, wird dadurch gleich der Verkehr blockiert. Ziel ist es, den Hol- und Bringverkehr auf andere Bereiche zu verlagern.

Herr Baxmann schlägt vor, dass der Straßenseitenraum in der Scharlemannstraße in die Überlegungen zum Hol- und Bringverkehr und als Parkraum für das Gymnasium/ Grundschule mit einbezogen werden soll. **Herr Herbst** ergänzt, dass man den Parkraum in der Scharlemannstraße gerne in der weiteren Planung mit einbeziehen kann.

Frau Heller findet, dass die Zonen für den Hol- und Bringverkehr ausgeschildert werden müssen. Das könnte die Verlagerung unterstützen. Allerdings ist sie der Meinung, dass diese Zonen dichter an der Schule liegen müssen, nicht erst hinten am Dürerplatz.

Frau Vollmert antwortet, dass die Schulen den Parkplatz als mögliche Hol- und Bringzone bevorzugen. Auch eine Laufbushaltestelle weiter hinten Richtung Dürerplatz wurde befürwortet. Die Hol- und Bringzone muss grundsätzlich besser beworben werden.

Herr Herbst berichtet, dass als nächstes die NLStBV in die Planung eingebunden werden soll. Des Weiteren sind Haushaltsmittel sowie Fördermittel zu beantragen. Es sollen für die weiteren Planungen Planungsaufträge vergeben werden.

Die Ausschussmitglieder befürworten die vorgestellte Planung von Herrn Seebo und die weiteren Schritte können von der Verwaltung veranlasst werden. Die Feinheiten zu der Planung kann in den Fraktionen abgestimmt werden.

8. **Anfragen gemäß Geschäftsordnung**

Es liegen keine Anfragen vor.

9. **Anregungen an die Verwaltung**

1. Herr Morich teilt mit, dass im Bereich der Baggerkuhle / Verlängerung Marris-Mühlenweg Sträucher und Büsche die Nutzung des Gehweges beeinträchtigen. **Herr Herbst** antwortet, dass diese Anregung an die Ordnungsabteilung weitergeleitet wird.

2. Weiterhin berichtet **Herr Morich**, dass sich viele Bürger einen weiteren Augenarzt in der Stadt Burgdorf wünschen. Er bittet darum, dass die Verwaltung diese Anregung aufnimmt.

3. Herr Dr. Kaefer erkundigt sich, ob die Verkehrszählung am Kreisverkehrsplatz Weserstraße stattgefunden hat. Diese sollte im Rahmen der Prüfung zur Anlegung von Fußgängerüberwegen in dem Bereich stattfinden. **Herr Herbst** erläutert, dass die Verkehrszählung stattgefunden hat, jedoch

noch keine Auswertung. In einer der nächsten Ausschusssitzungen wird über das Ergebnis informiert.

4. Frau Heller fragt, ob es schon eine Entscheidung zur Änderung der Schaltung der Lichtsignalanlage an der Kreuzung B 443 / Hochbrücke / Richtung Heeßel gibt. Diese Möglichkeit wurde von der Verwaltung vorgeschlagen, um den Verkehr Richtung Marktstraße zu entzerren und Lücken zu schaffen. **Herr Herbst** antwortet, dass zunächst die Einwohnerversammlung zur Verkehrssituation Marktstraße abgewartet werden soll. Diese soll im Spätherbst stattfinden, ein Termin ist jedoch noch nicht festgelegt. Erst danach soll über weitere Maßnahmen entschieden werden.

5. Frau Heller möchte wissen, ob die Ratsmitglieder über die Ausbauplanung zur Hauptstraße in Sorgensen im Vorfeld der Anliegerversammlung informiert werden. **Herr Herbst** teilt mit, dass eine Vorlage erstellt wird, die den Ratsmitgliedern rechtzeitig zur Verfügung gestellt wird.

6. Herr von Oettingen weist auf den Schutzstreifen in Heeßel hin, der abrupt endet. Hier hat er schon gefährliche Verkehrssituationen beobachtet. **Herr Herbst** erläutert, dass die Anlegung des Schutzstreifens damals mit den Bürgern abgesprochen wurde. Eine andere Führung wurde von den Bürgern damals nicht gewünscht, so dass die Region den Schutzstreifen entsprechend angelegt hat. Gerne kann die Situation in der Dorfstraße mit dem Ortsvorsteher besprochen werden.

7. Herr von Oettingen spricht weiterhin den Geh-/Radweg zwischen dem Finanzamtunnel und der Mönkeburgstraße an. Durch die gemeinsame Nutzung gibt es auch gefährliche Nutzungen. Er erkundigt sich, ob der Geh- und Radweg getrennt geführt werden können. **Herr Herbst** teilt mit, dass die Breiten für eine getrennte Führung in dem Bereich nicht ausreichen.

8. Herr Weinel berichtet, dass An der Mösch Asphaltarbeiten durchgeführt wurden. Dabei wurde um den Containerbereich herum gearbeitet. Er fragt nach, warum dieser Bereich ausgespart wurde. **Herr Herbst** antwortet, dass die Situation vor Ort angeguckt wird.

Nachrichtlich über Protokoll:

Der Bereich der Containergestellung wurde offenbar von der ausführenden Firma vergessen. Die Firma wird aufgefordert diese Fehlstelle, wie auch die Verdrückung im Bereich der Straßenmeistereizufahrt im Zuge der Gewährleistung - und dann im nächsten Bauabschnitt- mit DSK-Asphalt nach zu arbeiten.

Einwohnerfragestunde

Ein **Einwohner aus Ehlershausen** weist auf die neuen Fahrradschutzstreifen an der Ramlinger Straße in Ehlershausen hin. Für diesen wurden auch Piktogramme aufgebracht, die einen hohen Lärmpegel verursachen, wenn sie von PKWs überfahren werden. Er war deswegen bereits im Verkehrsausschuss der Region vorstellig. Hier wurde ihm mitgeteilt, dass die Region durch Aufklärungsarbeit die Autofahrer darüber informieren möchte, dass die Schutzstreifen nur im Falle des Begegnungsverkehrs überfahren werden dürfen.

Herr Herbst antwortet, dass auch die Stadt bereits Kontakt mit der Region aufgenommen hat. Die Region möchte Öffentlichkeitsarbeit mittels Hinweistafeln und Flyern zu dem Thema leisten.

Herr Dr. Kaefer erkundigt sich, warum die Piktogramme nicht flacher aufgebracht werden können. **Herr Herbst** erläutert, dass die Stadt solche Piktogramme nur aufmalt. Im Falle der Ramlinger Straße hat die Region die Arbeiten ausgeführt und sich für eine andere Methode entschieden.

Frau Heller schlägt vor, dass die Verwaltung in Gespräche mit anderen Baulastträgern auf die Lärmbelästigung besonders hinweist und diesen die Erfahrung mit aufgemalten Piktogrammen mitteilt.

Geschlossen:

Bürgermeister

Ausschussvorsitzender

Protokollführerin